

lich alle Parteien und Verbände problemlos angeschlossen haben, steht wiederum unter dem Motto »Aufstieg durch Bildung«.

Wenn aber Bildung vorrangig dem Aufstieg dienen soll, dann werden Bildungsprozesse vor allem zu einem Ausleseverfahren, bei dem Viele zurückbleiben sollen. Wer Bildung unter das Motto »Aufstieg« stellt, macht die Ausgrenzung zur zwangsläufigen Konsequenz.

Gezielte Förderung

Die Bereitschaft zur Ausgrenzung und zur Herstellung von Homogenität, also Einheitlichkeit, ist etwas völlig anderes als die Förderung besonderer Begabungen und Fähigkeiten. Sowohl die Förderung Benachteiligter als auch die Förderung besonderer Begabungen verlangt die Akzep-

tanz von Heterogenität, die individuelle Förderung.

Es ist vermutlich immer so, dass zu wenig Geld da ist. Deshalb haben Politiker den Auftrag, Entscheidungen, auch schwierige, zu treffen. Wenn Deutschland ein sozialer Bundesstaat bleiben oder werden will, so müssen Politiker soziale Gerechtigkeit anstreben, also, um noch einmal Hengsbach zu zitieren, »die Interessen der am wenigsten Begünstigten vorrangig« berücksichtigen. Konkret heißt dies: Einige mit staatlichen Mitteln zu fördern, weil sie sonst zu wenig hätten, und die vielen anderen, die sich selber helfen können, eben nicht.

Das verlangt von den Regierenden neben fachlicher Kompetenz, die sich vor allem im Verstehen der Wirkungszusammenhänge zeigt, vor allem politischen Mut, Verteilungsgerechtigkeit zu wollen. Es fehlt an beidem.

Klaus Klemm

Tabus in der Bildungsdebatte?

Der Pisa-Schock hat Bewegung in die deutsche Bildungsdebatte gebracht. Das Problem scheint heute nicht mehr in der Tabuisierung gewisser Themenbereiche zu liegen, sondern im konkreten politischen Handeln.

Klaus Klemm

(* 1942) war bis 2007 Professor für Bildungswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Seine Schwerpunkte liegen in den Arbeitsfeldern Bildungsplanung, Bildungsfinanzierung sowie empirische Bildungsforschung.

kl.klemm@t-online.de



Als Ende 2001 die Ergebnisse der ersten Pisa-Studie veröffentlicht wurden, kam dies dem Startschuss zu einer neuen Debatte über Deutschlands Bildungssystem gleich. Die Botschaft, dass Deutschlands Schülerinnen und Schüler im internatio-

nalen Vergleich allenfalls mittelmäßig waren, erschreckte und reanimierte totgesagte Themen.

So wurde der Streit über den Sinn und Unsinn der zergliederten Struktur der allgemeinbildenden Schulen – nach der Wiedereinführung der Gymnasien in den Ländern der ehemaligen DDR weithin versendet – wieder aufgenommen. Der Leiter der ersten Pisa-Studie, Jürgen Baumert, schrieb: »Die Schulstruktur hat in gegliederten Systemen einen erheblichen Einfluss auf die Entstehung unterschiedlicher schulischer Lern- und Entwicklungsumwelten, die ihre Wirkung unabhängig von

und zusätzlich zu den Effekten unterschiedlicher individueller Lernvoraussetzungen entfalten.« Flankiert wird diese Feststellung durch Positionen aus den Bereichen der Politik und der Wirtschaftswissenschaft: Der frühere baden-württembergische CDU-Ministerpräsident und spätere Manager Lothar Späth bezweifelte 2006 im *Handelsblatt*, dass das »althergebrachte Drei-Klassen-System« zukunftsfähig sei, der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn forderte in der *Wirtschaftswoche*: »Deutschland muss die Diskussion um die Gesamtschule noch einmal führen.«

Zudem wurden die Vorzüge des in Deutschland fest verankerten Bildungsföderalismus nach vielen Jahren erstmals wieder prominent in Frage gestellt. Mit Blick auf die Debatten um die Pisa-Ergebnisse der einzelnen Bundesländer schrieb der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder im Wahlkampf 2002, aus dem er als Sieger hervorging, in der *Zeit*: »Sie übersehen dabei das Wesentliche, denn wir müssen uns ernsthafte Gedanken machen, ob sich der deutsche Bildungsföderalismus nicht selbst zu Grabe getragen hat. Die Kultusministerkonferenz hat sich ihr Zeugnis abgeholt: Ihre Gesamtleistungen sind schlecht, Versetzung ausgeschlossen.«

Und schließlich die Bildungsfinanzierung: Bereits in ihrer ersten Ausgabe von »Bildung auf einen Blick« stellte die OECD 1995 fest, dass der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Ländervergleich ausgesprochen niedrig ist. Diese Feststellung wird seither Jahr für Jahr unverändert erneuert. Erstmals hat sie jedoch 2008 wirklich Wirkung gezeigt: Auf ihrem Bildungsgipfel in Dresden verkündeten die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten in seltener Einmütigkeit: »Bund und Länder sind sich in dem Ziel einig, dass in Deutschland der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 % des Brutto-

inlandsprodukts gesteigert wird.« Diese Zielsetzung, die sich auf die Bereiche von Bildung und Forschung sowie auf die öffentlichen und privaten Ausgaben bezieht, versprach bei einem Ausgangswert von 8,6 % eine Steigerung um jährlich etwa 41 Milliarden Euro!

Tabubruch ohne Folgen

Wenn im wissenschaftlichen Diskurs und in der politischen Debatte Menschen mit ganz unterschiedlichen Ausgangspositionen die überlieferte Schulstruktur so grundsätzlich in Frage stellen, wenn ein amtierender Bundeskanzler – vor seiner Wiederwahl – so vernichtend über den Bildungsföderalismus urteilt, wenn die Regierungschefin und die Regierungschefs von Bund und Ländern so einhellig eine Steigerung der Bildungsausgaben ankündigen, dann müsste sich, so sollte man denken, zumindest in diesen drei Politikfeldern etwas bewegen. Aber: Dem Tabubruch folgen keine Taten. Der offenere Diskurs wabert – ohne Bodenhaftung – über den Landschaften deutscher Bildungspolitik. Diese aber bieten ein unverändert tristes Bild:

Im Feld der Schulstrukturpolitik muss festgestellt werden, dass keine Parteienkonstellation, die in einem der Bundesländer Regierungsverantwortung trägt, Anstalten gemacht hat oder macht, das gegliederte Schulsystem unter Einschluss des Gymnasiums abzuschaffen. Aber selbst das Modell einer zweigliedrigen Struktur der Sekundarschulen, in der es neben den Gymnasien (sieht man von den Förderschulen einmal ab) nur noch eine Schulform (in der Haupt- und Realschulen aufgehen) gibt, selbst dieses Modell ist weit davon entfernt, deutschlandweit durchgesetzt zu werden. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen lehnen die integrative Zusammenführung von Hauptschulen und

Realschulen nach wie vor ab. 55 von 82 Millionen Bundesbürgern, also etwa zwei Drittel aller Einwohner Deutschlands, leben in Ländern, in denen Kinder nach der Grundschule auf – neben den Förderschulen – mindestens drei Schulen mit unterschiedlichen Anforderungsniveaus verteilt werden.

Im Politikfeld Föderalismus, das in den letzten Jahren gerade im Bereich der Kompetenzverteilung in Bildungsfragen einer vergleichsweise einschneidenden Reform unterzogen wurde, vollzog sich das Gegenteil von dem, was Kritiker des Bildungsföderalismus anstrebten: Der Bund trat die letzten seiner Kompetenzen ab und darf seither nur noch bei der Bildungsberichterstattung, bei der Durchführung von Leistungsstudien und bei Forschungsvorhaben und Forschungsbauten (an Hochschulen) mitwirken. Selbst dann, wenn er sich an der Finanzierung etwa der frühkindlichen Bildung oder des Ausbaus von Ganztagschulen beteiligen will, bedarf es komplizierter rechtlicher Konstruktionen, um dies grundgesetzkonform zu bewerkstelligen.

Steigende Bildungsausgaben?

Dem Betrachter der aktuellen Entwicklung im Bereich der Bildungsausgaben bietet sich ein gleichfalls entmutigendes Bild: Ausweislich des »Bildungsfinanzberichts«, den das Statistische Bundesamt 2009 vorgelegt hat, wurden in Deutschland im Jahr 2005 von den öffentlichen Haushalten 3,9 % des Bruttoinlandsproduktes für Bildung ausgegeben, im Jahre 2008 waren dies nach vorläufigen Daten 3,8 %. Die Konkretion der im Herbst 2008 auf dem erwähnten Dresdener Bildungsgipfel verabredeten Ausgabensteigerung, die seinerzeit für den Herbst 2009 angekündigt wurde, hat der Folgegipfel im De-

zember 2009 erst einmal auf das Jahr 2010 vertagt. Die Finanzministerkonferenz hatte schon im Vorfeld dieses zweiten Gipfels darauf verwiesen, dass die 10 %-Marke bereits erreicht sei: Da das Bruttoinlandsprodukt in Folge der Wirtschaftskrise 2009 deutlich geschrumpft ist, stellten in der Höhe gleich bleibende Bildungsausgaben einen höheren Anteilswert am Bruttoinlandsprodukt dar. Wenn dann noch, wie die Finanzminister es vorschlugen, die Definition von Bildungsausgaben neu gefasst wird (etwa dadurch, dass Pensionsausgaben stärker als bisher in die Berechnung der Bildungsausgaben einbezogen werden), sei das 10 %-Ziel schon erreicht – ohne dass auch nur ein Euro mehr in den Bildungseinrichtungen ankommt.

Die Analyse ist deutlich: Die nach der ersten Pisa-Studie bundesweit belebte Bildungsdebatte hat zentrale Themenbereiche enttabuisiert. Der offenere Diskurs hat das konkrete Handeln der Politik aber nicht oder allenfalls kaum beeinflusst. Die Angst der Politik vor dem Wahlverhalten der gymnasialen Klientel steht in einer Zeit, in der zwischen 30 und 40 % eines Altersjahrgangs auf Gymnasien wechseln, einer Politik im Wege, die die Gymnasien in Frage stellen würde, die den international vorherrschenden Weg der einen Schule für alle einschlagen wollte. Das Selbstbewusstsein der Länder, für die die Bildungspolitik einen der wenigen Politikbereiche darstellt, in denen sie als Länder noch eigenständig handeln können, verhindert jede Stärkung der Bundeszuständigkeiten in Bildungsfragen. Die aktuelle Wirtschaftskrise mit der Folge sinkender Staatseinnahmen steht einer starken Ausweitung der Bildungsausgaben im Wege – zumal dann, wenn die Steuerpolitik den Staat zu Gunsten einzelner Gruppen weiter schwächt. So bleibt als Resümee: Auch verbreitete Einsichten bleiben wirkungslos, das Bewusstsein vermag das Sein nicht zu erreichen.